

a.o. Landesparteitag am 10. Oktober 2015 in Ransbach-Baumbach L-Antrag Nr. 01

1 Antragsteller: Landesvorstand der FDP Rheinland-Pfalz  
2  
3  
4

5 Betreff: Liberale Leitlinien zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik  
6  
7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

10 Politische Konflikte und wirtschaftliche Not auf der Welt führen zu einer Wanderungsbewegung in  
11 die Europäische Union wie diese sie in dieser Form bisher noch nicht erlebt hat. Als Land mit einer  
12 bedeutenden Volkswirtschaft ist Deutschland bei vielen Migrantinnen und Migranten ein begehrtes  
13 Zielland. Wir sind bereit in Deutschland verfolgte Menschen aufzunehmen und sie in unsere  
14 Gesellschaft zu integrieren. Hierzu benötigen wir belastbare Strukturen und eine klare politische  
15 Linie.

16 Der Landesparteitag fordert:

- 19 • Asylentscheidungen auf Grundlage der politischen Lage in den Herkunftsländern. Sichere  
20 Herkunftsländer sind zum Beispiel die Balkanländer.
- 21 • Eine vierwöchige Regelbearbeitungszeit und einen vereinfachten Rechtsweg für  
22 Asylverfahren.
- 23 • Eine Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen erst nach Abschluss des Verfahrens.
- 24 • Die Beachtung der europäischen Gesetze .
- 25 • Versorgung der Flüchtlinge weitgehend auf Basis von Sachleistungen.
- 26 • Ein unbürokratischer Umgang mit Altfällen, um die Behörden zu entlasten und den  
27 Betroffenen eine Perspektive zu geben.
- 28 • Konsequente Abschiebungen.
- 29 • Die Kommunen in Rheinland-Pfalz sind durch den Bund und das Land in ihren Aufgaben  
30 ausreichend zu unterstützen.
- 31 • Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine staatliche Aufgabe. Ein Eingriff in das private  
32 Eigentum darf nicht erfolgen.
- 33 • Um das Krisenmanagement zu verbessern, sollten Genehmigungs- und  
34 Verwaltungsverfahren verstärkt vereinfacht werden.
- 35 • Eine Angleichung der Leistungen für Asylbewerber auf europäischer Ebene und eine gerechte  
36 Lastenverteilung innerhalb der EU.
- 37 • Eine frühzeitige Erarbeitung individueller Integrationspläne für anerkannte  
38 Asylbewerberinnen und -bewerber.
- 39 • Für die Kinder der Asylbewerber, die ein Bleiberecht erhalten haben, in Kindertagesstätten  
40 und Schulen ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.
- 41 • Den Flüchtlingen die Möglichkeit zu eröffnen, in Kursen die deutsche Sprache zu erlernen.
- 42 • Den Flüchtlingen zu helfen, einen Ausbildungs- oder Praktikanten-oder Arbeitsplatz zu  
43 finden, sei es durch Weiterbildung, Umschulung oder Erstausbildung.
- 44 • Bestehende Arbeitsverbote für Flüchtlinge müssen aufgehoben werden.
- 45 • Neben der Reform des Asylgesetzes ein Einwanderungsgesetz zu schaffen damit qualifizierte  
46 Fachkräfte aus dem Ausland legal nach Deutschland kommen können.
- 47 • Mehr Personal für Bildung, Sicherheit und Verwaltung.
- 48 • Eine europäische Initiative zu starten, das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)  
49 mit ausreichend Kapital auszustatten, damit dieses dafür sorgen kann, dass Flüchtlinge ihre  
50 Region nicht verlassen müssen.

1   **Begründung:**

2  
3   **Politisch Verfolgte genießen Asyl**

4  
5   Das Grundgesetz ist das Fundament unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats. Der Anspruch  
6   auf Asyl war eine Konsequenz auf die politische Verfolgung in Deutschland durch Deutsche. Für die  
7   FDP Rheinland-Pfalz ist und bleibt die Gewährung von Schutz vor politischer Verfolgung und  
8   staatlicher Repression ein unverhandelbarer Eckpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen  
9   Gesellschaft. Wir lehnen alle Bestrebungen den Anspruch auf Asyl abzuschaffen ab.

10  
11   **Politische Lage der Herkunftsländer als Entscheidungsgrundlage**

12  
13   In Anbetracht der prognostizierten 1,5 Millionen Flüchtlinge für das Jahr 2015 und einem zu  
14   erwartenden ähnlich hohen Zustrom 2016 müssen wir das Asylgesetz so gestalten, dass es auch bei  
15   einer großen Zahl von Flüchtlingen dem Anspruch des Grundgesetzes genügt ohne das Land zu  
16   überfordern. Um die Funktionsfähigkeit des Systems zu erhalten müssen wir die Asylverfahren  
17   deutlich vereinfachen. Dazu gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten. Das Grundgesetz gewährt Schutz  
18   vor politischer Verfolgung und das muss auch der zugrundeliegende Maßstab der Asylverfahren sein.

19  
20   Entscheidungen können nicht generell anhand der individuellen Biographie der Flüchtlinge getroffen  
21   werden, sondern müssen auf Grundlage der politischen Situation des Herkunftslandes erfolgen. Wer  
22   politisch, durch die Institutionen seines Landes verfolgt wird, genießt in Deutschland Schutz.  
23   Umgekehrt kann Deutschland nicht der individuellen Gefährdungslage jedes Einzelnen Rechnung  
24   tragen. Der Anspruch auf Asyl ist ein Anspruch auf Schutz vor politischer Verfolgung, er ist kein  
25   individuelles Schutzrecht vor persönlicher Gefährdung. In Anbetracht der hohen  
26   Zuwanderungszahlen ist dieser Anspruch konsequenter als bisher um- und durchzusetzen.

27  
28  
29   **Effizientere Asylverfahren**

30  
31   Um die Asylverfahren schneller zu bewerkstelligen, ist es daher nicht nur notwendig, die Behörden  
32   besser personell auszustatten. Vielmehr müssen auch die Verfahren drastisch vereinfacht und  
33   beschleunigt werden. Das Ziel muss sein, über einen Asylantrag innerhalb von 4 Wochen zu  
34   entscheiden. Diese Fristsetzung ist auch im Interesse der Antragstellerinnen und Antragsteller, da  
35   eine lange Verfahrensdauer dazu führt, dass viele sich bereits auf einen dauerhaften Aufenthalt in  
36   Deutschland einstellen und dann umso härter von einem ablehnenden Bescheid getroffen werden.

37  
38   Damit die Verfahren schnell durchgeführt werden können, muss auch der zur Verfügung stehende  
39   Rechtsweg klar vorgegeben sein, die Möglichkeiten zur Berufung müssen auf ein rechtsstaatlich  
40   notwendiges Maß reduziert werden. Eine mehrjährige Verfahrensdauer führt dazu, dass auch im  
41   Falle einer negativen Entscheid aus humanitären Gründen auf eine Abschiebung verzichtet wird.  
42   Damit wird der eigentliche Sinn und Zweck des Asylverfahrens konterkariert. Der Rechtsweg ist daher  
43   so festzulegen, dass ein negativer Entscheid auch schnell und konsequent umgesetzt werden kann.

44  
45   Zu einem effizienten Asylverfahren gehört auch die konsequente Abschiebung im Falle eines  
46   negativen Bescheids. Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt finanzielle Anreize für abgelehnte Asylbewerber  
47   ab, da diese in deren Herkunftsländern falsche Anreize schaffen. Wir fordern vielmehr die Anpassung  
48   der in Deutschland gewährten Leistungen an den europäischen Durchschnitt. Die Leistungen müssen  
49   aber so gestaltet sein, dass eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung in Deutschland zu  
50   jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Eine Politik der Drangsaliert und Schikane um Asylbewerber  
51   fernzuhalten, ist für Freie Demokraten inakzeptabel.

1   **Umgang mit noch nicht abgeschlossenen Verfahren**

2  
3   Wo die deutschen Behörden bisher nicht in der Lage waren, innerhalb einer angemessenen Frist von  
4   maximal drei Jahren über einen Asylantrag zu entscheiden, ist, eine positive  
5   Eingliederungsperspektive vorausgesetzt, diesem statzugeben. Eine vieljährige Verfahrensdauer  
6   verhindert die Integration und belastet die Bürokratie.

7  
8   Wir fordern die intensive Begleitung der Flüchtlinge durch die Institutionen vor Ort. Mit  
9   zunehmender Verfahrensdauer soll dabei der Fokus wechseln von dem eigentlichen Asylanspruch hin  
10   zur Integration. Wessen Asylverfahren innerhalb einer Drei-Jahres-Frist nicht beendet werden  
11   konnte, aber gleichzeitig einen Arbeitsplatz hat und wem durch die Behörden vor Ort eine gute  
12   Eingliederungsperspektive bescheinigt wird, soll auch dauerhaft bleiben dürfen.

13  
14   Für den Fall, dass aber keine nennenswerten Integrationsfortschritte erzielt wurden und die  
15   Behörden vor Ort auch keine positive Eingliederungsperspektive sehen, kann das Asylverfahren aber  
16   auch, so sich die Lage in dem Herkunftsland stabilisiert hat, beendet und die Abschiebung eingeleitet  
17   werden.

18  
19   Asylverfahren und Eingliederung müssen zu zwei zeitgleich ablaufenden Prozessen werden, wobei  
20   mit zunehmender Verfahrensdauer die Eingliederung zu einem wichtigeren Kriterium wird. Die  
21   schnelle Durchführung von Asylverfahren ist für die FDP Rheinland-Pfalz eine Bringschuld des  
22   Staates.

23  
24   **Integration**

25  
26   Deutschland ist ein Land, das Menschen willkommen heißt. Wir sind ein tolerantes und weltoffenes  
27   Land, aber auch eines mit klaren Werten, die wir schützen und bewahren wollen. Die  
28   Religionsfreiheit ist ein Grundprinzip unseres Staates, die Religionszugehörigkeit der Bürgerinnen und  
29   Bürger darf in Deutschland keine Rolle spielen. In Deutschland werden die Werte nicht von den  
30   Religionen, sondern von der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft vorgegeben. Diesen Werten  
31   haben sich alle Religionen unterzuordnen. Wo die Werte einzelner Religionen den Grundwerten  
32   unserer Gesellschaft widersprechen, müssen sie sich anpassen. Religionsfreiheit heißt, dass jeder  
33   seine Religion frei und ungehindert ausüben kann, aber nicht, dass die Gesellschaft sich an die Werte  
34   der jeweiligen Religionen anpasst.

35  
36   Die Demokratie, Menschenrechte, die Gleichberechtigung von Frauen, die Gleichstellung von  
37   unterschiedlichen Lebenspartnerschaften, die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Künste, all das  
38   sind Werte die für uns nicht verhandelbar sind. Wer zu uns kommt wird auch Teil unserer  
39   Wertegemeinschaft basierend auf den Werten unseres Grundgesetzes. Toleranz ist nur innerhalb  
40   dieses von dem Grundgesetz vorgegebenen Rahmens möglich.

41  
42   Unsere Gesellschaft muss das Recht haben, sich gegen Menschen, die diese Werte nicht teilen zu  
43   verteidigen. Wer also durch sein Verhalten während eines Asylverfahrens erkennen lässt, dass er  
44   unsere Werte nicht respektiert und im Widerspruch zu diesen handelt, muss auch abgeschoben  
45   können, sobald es die Verhältnisse im entsprechenden Herkunftsland erlauben.

46  
47   Wir wollen die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen erleichtern und deshalb Einstiegsbarrieren in den  
48   deutschen Arbeitsmarkt beseitigen. So sollte der Mindestlohn für Asylbewerber nicht gelten, um  
49   diesen einen möglichst raschen und unkomplizierten Einstieg in den Arbeitsmarkt und damit in die  
50   deutsche Gesellschaft zu ermöglichen. Eine Arbeitsstelle, ein Ausbildungsplatz sind ein wesentlicher  
51   Teil der Integration. Sie gewährleisten den Kontakt und Austausch mit der Gesellschaft, weshalb

a.o. Landesparteitag am 10. Oktober 2015 in Ransbach-Baumbach **L-Antrag Nr. 01**

1 gesetzliche Regelungen, die den Einstieg in ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis erschweren,  
2 hinterfragt werden müssen. Wer für sich selbst sorgen kann, soll auch für sich selbst sorgen dürfen.  
3

4 Wir fordern außerdem eine möglichst frühzeitige Einbindung der örtlichen Wirtschaft, der Agentur  
5 für Arbeit sowie des Handwerks und anderer integrationsrelevanter Institutionen, damit möglichst  
6 schon zu Beginn des Asylverfahrens eine Integrationsperspektive für jeden Neuankömmling  
7 erarbeitet werden kann. Bereits erworbene Abschlüsse (auch Teilabschlüsse) und die Kompetenzen  
8 der Zugewanderten sollen auch zum Tragen kommen. Damit wollen wir auch den Flüchtlingen  
9 signalisieren, dass wir jeden Anspruch offen prüfen wollen. Ziel des Asylverfahrens ist es nicht,  
10 Menschen loszuwerden, sondern ihnen im Falle der politischen Verfolgung, nicht nur ein sicheres  
11 Heim, sondern auch eine Perspektive zu bieten.

12  
13 Die Freien Demokraten sehen in dem großen Zuspruch eine Herausforderung, aber eine die  
14 bewältigbar ist, wenn wir die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen.  
15

16  
17 angenommen: \_\_\_\_\_  
18

19 abgelehnt: \_\_\_\_\_  
20

21 überwiesen: \_\_\_\_\_  
22